

Herrn Präsident  
Mag. Dr. Harald Mahrer  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Zu Punkt **5.3**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes  
vom 30.11.2023

Wien, am 09.11.2023

## Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 30.11.2023

### Rettet die Bauwirtschaft – KIM-Verordnung abschaffen!

Seit über einem Jahr warnt die Freiheitliche Wirtschaft eindringlich vor den drohenden Herausforderungen durch die verschärften Kreditvergaberichtlinien (KIM-Verordnung). Kunden haben massive Schwierigkeiten, Finanzierungen zu erhalten, was sich zu einem ernsthaften Problem für die Bauwirtschaft entwickelt hat. Nun hat auch das renommierte Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) unter der Leitung von Gabriel Felbermayr den Zusammenhang zwischen der KIM-Verordnung und dem Einbruch in der Bauwirtschaft bestätigt.

Die Freiheitliche Wirtschaft betont nachdrücklich, dass die Situation dringend einer Lösung bedarf, um unsere Wirtschaft und insbesondere die Bauwirtschaft als einen der größten Arbeitgeber in Österreich zu schützen. Daher ist auch das Festhalten der Regierung an dieser Verordnung ein Schlag ins Gesicht der gesamten Wirtschaft! Seit dem Inkrafttreten der neuen Richtlinie im August 2022 ist die Zahl der Hypothekarkredite massiv eingebrochen. Der Traum vom Eigenheim ist damit für viele Menschen ausgeträumt. Der Absturz bei den Kreditvergaben wirkt sich in erster Line katastrophal auf die Baubranche aus, die Auftragsbücher für 2024 sind fast leer. Es fehlt an neuen Projekten im Wohnbau, da die Kosten zu hoch sind und daher die Nachfrage eklatant zurückgeht.

Die von WIFO-Chef Gabriel Felbermayr vorgeschlagene Maßnahme, die Bestimmungen der KIM-Verordnung zu überdenken, ist ein willkommener und notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Das Hauptproblem ist die starre Grenze der Schuldendienstquote von 40% und die Verkürzung der Laufzeit.

Ein Einlenken der Bundesregierung und der FMA sowie eine spürbare und sinnvolle Lösung zu erarbeiten, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, ohne die gesamte Baubranche weiter zu knebeln, ist oberstes Gebot. Wir brauchen dringend notwendige Maßnahmen, um die Bauwirtschaft zu stabilisieren.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

**ANTRAG**

Der Präsident sowie die Organe der WKÖ werden dringend aufgefordert, sich bei der Bundesregierung und der FMA dahingehend einzusetzen, die KIM-Verordnung temporär auszusetzen, bestenfalls so schnell wie möglich abzuschaffen, bevor die gesamte Baubranche in noch größere Schwierigkeiten gerät.



Bgm. KommR Matthias Krenn  
WKÖ-Vizepräsident



Reinhard Langthaler  
WP-Delegierter



Michael Fürtbauer  
WP-Delegierter